

Offener Brief an den Bundesvorstand von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Für eine Kooperation mit der Linkspartei

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Auseinandersetzung mit der Linkspartei in den letzten Wochen stimmt mich traurig. Dabei wurde wenig über inhaltliche Differenzen gesprochen, aber sehr viel fragwürdige Abgrenzung betrieben.

Gängige Argumente gegen die Linkspartei

Es tauchen immer wieder die folgenden Behauptungen auf, die sich bei näherer Betrachtung als unbegründet erweisen:

1. Die Linkspartei sei in Wirklichkeit rechtsaußen

Hier wird vornehmlich auf eine Rede Lafontaines in Chemnitz reflektiert, bei der er Mindestlöhne für deutsche und ausländische Arbeitnehmer fordert, um so Chancengleichheit bei unterschiedlichen Lebenshaltungskosten herzustellen. Einen einzelnen, aus dem Zusammenhang gerissenen Teilsatz kann und will ich nicht als Indiz für rechten Populismus gelten lassen. Die Konzepte von WASG und Linkspartei und ihrer Spitzenkandidaten sprechen eine deutlich andere Sprache.

2. Lafontaine und Gysi seien politische Leichtmatrosen, die keine Verantwortung übernehmen wollten

Was genau wird den beiden vorgeworfen?

Behauptung:

Lafontaine habe in einer schwierigen Situation und ohne erkennbaren Grund seine Partei im Stich gelassen.

Tatsache:

Schröder und Lafontaine haben von je her unterschiedliche Teile der SPD vertreten, Schröder den wirtschaftsfreundlichen, Lafontaine den sozialen Flügel; dies ist in einer Volkspartei völlig normal. Die Entscheidung für Schröder als Kanzlerkandidat war mit der Vereinbarung verbunden, eine ausgewogene Politik durch gemeinsame Absprachen umzusetzen. Eine "Mehrheit", der sich Lafontaine hätte in der SPD unterordnen müssen, gab es damals nicht.

Diese Idee scheiterte aber offenbar und Lafontaine hatte zwei Möglichkeiten: Schröder in Frage stellen und damit das gesamte Rot-Grüne Projekt gefährden oder auf die Durchsetzung seiner linken Politik verzichten. Er entschied sich für Rot-Grün und gegen eigene Interessen. Sein Rücktritt war nur konsequent.

Bis zu seinem Rückzug war Lafontaine jahrelang Ministerpräsident im Saarland und hat zahlreiche Funktionen in der SPD übernommen.

Behauptung:

Gysi habe sich nach kurzer Zeit als Wirtschaftssenator von Berlin aus dem Staube gemacht, weil ihm die Arbeit zu viel geworden sei.

Tatsache:

In Wirklichkeit hat Gysi mit seinem Rücktritt die Konsequenz aus seiner Bonusmeilenaffäre gezogen. Während zunächst auch grüne Politiker seinen Rücktritt gefordert und dabei auf Cem Özdemir als Vorbild verwiesen hatten, wurde Gysis Rücktritt im nachhinein als überzogen bewertet und gilt heute offenbar als größerer Fehler als die eigentliche Rücktrittsursache.

Von Leichtfüßigkeit kann also bei beiden Spitzenkandidaten keine Rede sein. Meine Bewertung wäre eher verantwortungsbewusst und konsequent.

3. Die Linkspartei sei populistisch

Immer wieder ist die Rede davon, die Forderungen der Linkspartei seien nicht finanzierbar und unrealistisch. Als Beweis wird dann oft die Regierungsbeteiligung der PDS in einigen Länderparlamenten angeführt, wo sie bisher angeblich "nichts zustande gebracht" habe. Diese Aussage scheint sich selbst genug, sie wird nämlich fast nie mit Fakten unterlegt. Und wenn doch, wird die Unübersichtlichkeit der Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen geschickt ausgenutzt. Als Musterbeispiel gilt dann die Umsetzung von

Hartz IV in den von der PDS mitregierten Ländern und Kommunen. Als ob sich ein Bundesland gegen Hartz IV entscheiden könnte. Diese Möglichkeit erlaubt die Verfassung der Bundesrepublik nicht. Wenn die PDS Hartz IV auf Landes- und Kommunalebene verwaltungstechnisch umsetzt, verdeutlicht dies lediglich ihre Verfassungstreue.

Zur Finanzierbarkeit sei auf den letzten Punkt (Steuern) im nächsten Abschnitt hingewiesen.

4. Die Linkspartei sei in Wirklichkeit die alte SED

So platt, wie diese Meinung ist, so wenig lässt sie sich begründen. Die Linkspartei steht programmatisch im demokratischen Spektrum und vertritt linke Ziele wie die Grünen.

Ein großer Teil ihrer Mitglieder war sicher schon Mitglied in der SED. Umgekehrt sind aber nur noch relativ wenige SED-Mitglieder heute Mitglied in der Linkspartei. Insbesondere ältere, nicht mehr aktive Mitglieder pflegen eine nostalgisch-beschönigende Sicht auf die DDR - das gefällt mir auch nicht. Was aber die Bonzen betrifft, die damals wie heute vornehmlich an der Macht interessiert sind und denen dabei demokratische Spielregeln eher im Wege stehen, erreichen ihre Ziele heute eher in anderen Parteien oder durch Lobbyarbeit.

Fast 16 Jahre nach der Wende, erinnert die Linkspartei weder strukturell noch programmatisch an die SED. Wer anderes behauptet kennt entweder die SED oder die Linkspartei nicht.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stehen der Linkspartei näher als der SPD

In vielen Politikfeldern stimmen die Positionen der Linkspartei mit denen der Grünen weitgehend überein. Zum Teil ist diese Übereinstimmung sogar größer als die der SPD zu den Grünen. Ich möchte dies anhand einiger Punkte aus den aktuellen Wahlprogrammen belegen.

Energiepolitik, Verkehrswende

Den Atomausstieg wollen SPD und Linkspartei, die Linkspartei lehnt darüber hinaus wie die Grünen auch den Export von Atomtechnik ab. Explizit spricht sich die Linkspartei für eine dezentrale Energieversorgung aus. Die SPD setzt sich weiterhin für die Subventionierung der Steinkohle ein.

Während die Linkspartei zum öffentlichen Verkehr konkrete Vorstellungen hat ("Öffentlicher Verkehr soll ausgebaut und erheblich preiswerter werden; mehr Güterverkehr gehört auf die Schiene; Flugbenzin soll endlich besteuert werden. Der Dieselfilter ist in den nächsten fünf Jahren durchzusetzen."), spricht die SPD von Mobilität und Infrastruktur und scheint damit eher den Straßenverkehr zu meinen.

Friedenspolitik, Stärkung der UNO, Asylpolitik

Zur Abschaffung der Wehrpflicht sagt die SPD nein, die Linkspartei ja. Während die SPD von "militärischer Verantwortung" spricht, lehnt die Linkspartei eine Beteiligung an Kriegseinsätzen kategorisch ab. Bei den Grünen findet sich der Satz "Kriege dürfen kein Mittel der Politik sein." - wenn dieser ernst gemeint ist, ist auch hier eine deutlichere Nähe zur Linkspartei spürbar.

Die UNO wollen alle stärken.

Die Wörter Asyl oder Abschiebung sind für die SPD kein Thema. Die Linkspartei hat dagegen ähnlich lautende und ähnlich detaillierte Vorstellungen wie die Grünen.

Geschlechtergerechtigkeit, Familie, Bildung

Die Vorstellungen zur Gleichberechtigung von Frauen sind bei der SPD offenbar konkreter als bei der Linkspartei. Beide Parteien sehen jedoch umfangreichen Handlungsbedarf.

Beide setzen sich für gebührenfreie Kindertagesstätten ein. Die Linkspartei will ein höheres Kindergeld (250 Euro), während die SPD das Erziehungsgeld als Einkommensersatz gestalten will, was auch immer das bedeutet. Die Grünen sehen dagegen keinen Spielraum für höhere finanzielle Zuwendungen dieser Art.

Beide Parteien wollen die Bildungs- und Integrationschancen vom Kindergarten an verbessern und lehnen Studiengebühren ab.

Bürgerversicherung, Grundsicherung, Mindestlohn

Sowohl SPD als auch die Linkspartei wollen die (grüne) Bürgerversicherung. Darüber hinaus will die Linkspartei wie die Grünen die Beitragsbemessungsgrenze anheben.

Während die SPD mit Hartz IV die Grundsicherung bereits als erreicht sieht, fordert die Linkspartei wie die Grünen, die Regelätze auf ein bedarfsgerechtes und armutsfestes Maß anzuheben und sich dabei an

international anerkannten Kriterien zu orientieren. Auch in der Forderung nach der Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten ist sich die Linkspartei mit den Grünen einig.

Beide Parteien fordern den gesetzlichen Mindestlohn, wobei die SPD dies als Notlösung nach dem Versuch der Vereinbarung von tariflichen Mindestlöhnen ansieht.

Steuern

Die Linkspartei fordert eine deutlichere Stärkung der Einnahmeseite im Staatshaushalt als die SPD. Die Grünen stehen da mit ihren Positionen wohl etwa in der Mitte.

Die Linkspartei fordert wie die Grünen eine Steuer auf internationale Devisentransaktionen (Tobinsteuer), die SPD schweigt dazu.

Unrealistische Versprechungen?

Stehen die Chancen auf Realisierung der programmatischen Aussagen bei der Linkspartei schlechter als bei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN? Ich meine nein. Zum Teil stimmen die Aussagen überein und man würde, wenn man dies behauptete, einer prozentual stärkeren Partei weniger Umsetzungsvermögen zusprechen als der eigenen. Zum anderen formuliert die Linkspartei Ziele, die einstmals auch die Grünen so oder ähnlich formuliert haben und die uns aufgrund unserer Regierungsbeteiligung leider z.T. abhanden gekommen sind. Es spricht jedoch nichts dagegen, sie weiter zu verfolgen.

Die Frage der Finanzierbarkeit wird sich für alle Wahlprogramme in erster Linie an der Reduzierung der Arbeitslosigkeit entscheiden. Hier hat die Linkspartei glaubwürdige Konzepte und ist so nicht weniger glaubwürdig als andere Parteien.

Wie weiter nach der Wahl?

Die Prognosen deuten darauf hin, dass es für Schwarz-Gelb knapp wird. Außer dem bleiben zwei Alternativen: Eine Schwarz-Rote "große" Koalition oder eine Rot-Rot-Grüne Koalition. Eine Weiterführung der jetzigen Koalition halte ich rechnerisch für ausgeschlossen.

Damit werden die Grünen nach der Wahl so oder so in einem Boot mit der Linkspartei sitzen - entweder in einer Koalition oder - wahrscheinlicher - in der Opposition. Nun könnte man natürlich einwenden, dass man in der Opposition nicht auf einen Koalitionspartner angewiesen sei:

Mir ist wegen meiner nüchternen Wahlprognose bereits vorgeworfen worden, ich würde mich nach der Oppositionsrolle für die Grünen sehnen. Ich habe mich gefragt, was daran eigentlich so schlimm sein sollte, schließlich war eine Regierungsbeteiligung im Bund für große Teile der Grünen bis 1998 undenkbar. Aber mir ist klar geworden, was meine Kritiker meinten: die Grünen auf sich allein gestellt könnten mit sieben oder acht Prozent im Bundestag tatsächlich nicht mehr viel bewegen!

Gerade deshalb fordere ich die Grüne Bundesspitze dazu auf, auf die Linkspartei zuzugehen und zu versuchen, die weitgehend gemeinsamen Ziele auch gemeinsam zu realisieren. Wir wissen noch nicht, ob und wie wir unsere Ziele nach der Wahl weiter umsetzen können. Aber wenn wir ab September überhaupt noch etwas bewegen wollen, wird es nicht gegen, sondern nur mit der Linkspartei möglich werden!

Bundestagswahl: zwei Stimmen - ein Ziel

Die Situation ist besonders im Osten eindeutig: Grüne haben als Direktkandidaten faktisch keine Chance. Im Gegensatz dazu scheint es erstmals möglich zu werden, einen Großteil der Direktstimmen für linke Politik zu gewinnen: die Umfrageergebnisse für die Linkspartei liegen im Osten bei 34 % und damit vor allen anderen Parteien. Im Westen wird sicher die CDU einen Großteil der Direktmandate holen und damit möglicherweise durch Überhangmandate für eine Schwarz-Gelbe Mehrheit sorgen. Dies kann nur verhindert werden, wenn in *allen* Wahlkreisen der jeweils stärkste Nicht-CDU-Kandidat gewählt wird! Eine falsche Scheu vor Kandidaten der Linkspartei wäre hier fehl am Platz.

Ich bitte deshalb alle bündnisgrünen Wahlkämpfer auf eine unnötige Abgrenzung zur Linkspartei zu verzichten, unbegründete Unterstellungen zu unterlassen und nötige Auseinandersetzungen inhaltlich-sachlich zu führen. Wer bei den Grünen zum 18. September um die Macht kämpft, der hat schon verloren. Wem es aber um die Inhalte geht, der kann noch viel gewinnen.

Burkhard Gocht
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Kreisverband Löbau-Zittau
Mitglied im Kreisvorstand